

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, green, and red that start from the left side of the page and curve towards the right, ending near the GEW logo. The lines are of varying thickness and create a dynamic, abstract graphic element.

# **Bildung. Weiter denken!**

**Für die**  
**„Bildungsrepublik“ zu wenig**  
– ein Argumentationspapier  
zur Bildungsfinanzierung

**von Dr. Timm B. Schützhofer**

# Für die „Bildungsrepublik“ zu wenig

## – ein Argumentationspapier zur Bildungsfinanzierung

Für uns als Bildungsgewerkschaft GEW liegt die Forderung nach mehr Geld für Bildung und Forschung auf der Hand. Auch die politisch Verantwortlichen betonen die Bedeutung guter Bildung für Zukunftsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Über 10 Jahre ist es her, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit allen Ministerpräsidenten die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausrief und hinzufügte: „Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle“ (FR 2008). Auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Oktober 2008 haben sich die politisch Verantwortlichen auf messbare Ziele für höhere Bildungsausgaben verständigt. Bis 2015 sollten 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung ausgegeben werden.

Prof. Dr. Mechthild Schrooten<sup>1</sup> von der Hochschule Bremen hat die Entwicklung der Bildungsausgaben im Auftrag der GEW unter die Lupe genommen. Ihr ernüchterndes Fazit: Auch heute entsprechen die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen nicht den drängenden Herausforderungen und bleiben sogar hinter den selbst gesteckten Zielen zurück. Tatsächlich ist der Bildungssektor heute von einem unübersehbaren Investitionsstau, akutem Personalmangel und zunehmender Arbeitsbelastung geprägt. Angesichts kumulierter Minderausgaben von etwa 100 Milliarden Euro im Vergleich zu den selbst gesteckten Zielen allein

### Infobox: Bildungsfinanzierung nach der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie stellt das Bildungswesen vor große Herausforderungen. Auf die Investitionsdefizite bei der Digitalisierung hat die GEW ebenso hingewiesen, wie auf das notwendige Primat der Pädagogik. In der akuten Krise geht es nun darum, die Gesundheit zu schützen und Einkommen zu stabilisieren, aber Bildung auch unter schwierigsten Bedingungen zu ermöglichen.

Und tatsächlich sind in kürzester Zeit Rettungspakete geschnürt, neue Staatsschulden aufgenommen und Gelder mobilisiert worden. Nicht ausreichend, aber dennoch wichtig für die wirtschaftliche Stabilisierung. War es die Politik der „schwarzen Null“, die den Staat jetzt handlungsfähig gemacht hat? Diese Sichtweise ist falsch, wie die Konjunkturpakete hochverschuldeter Staaten wie die USA und Japan zeigen. Zudem droht sie, dringend nötige Bildungsinvestitionen zu blockieren. Dagegen wenden wir uns! Zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (ETUCE) fordern wir, dass die Corona-Pandemie nicht zur Krise des Bildungssystems werden darf.

Die GEW wird auch in Zukunft auf Defizite und Mehrbedarfe im Bildungswesen hinweisen und Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen. Hierfür bietet das vorliegende Papier gute Argumente.

zwischen 2015 und 2017 ist dies nicht überraschend.

„Es klafft also eine riesige Lücke zwischen den selbst gesetzten Zielen und der Realität. Das Budget für ‚Bildung, Forschung und Wissenschaft‘ ist unterfinanziert“, konstatiert Mechthild Schrooten.

Es zeigt sich: Die politischen Entscheidungsträger\*innen sorgen nicht von sich aus für die nötigen Investitionen in Bildung und Forschung. Es bleibt unsere Aufgabe, sie immer wieder auf ihre Versäumnisse hinzuweisen, sie an ihre selbst gesteckten Ziele zu erinnern und konkret deutlich zu machen, welche Mehrbedarfe bestehen. Das vorliegende Argumentationspapier greift zentrale Erkenntnisse aus Mechthild Schrootens Analyse auf, weist auf konkrete Mehrbedarfe im Bildungssektor hin und zeigt, dass deutlich höhere Bildungsausgaben finanzierbar sind.

### Das 10-Prozent-Ziel: Unerreicht und unzureichend

Das proklamierte Ziel, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung auszugeben, enthält zweifellos eine wichtige Botschaft: Bildung ist wichtig und gute Bildung braucht Geld! Dabei sollten 7 Prozent für Bildung und 3 Prozent für Forschung verwendet werden. Doch lediglich bei den Forschungsausgaben wurde das Ziel 2017 mit Ausgaben in Höhe von 3,2 Prozent des BIP erreicht: „Hier schlägt auch zu Buche, dass privatfinanzierte Forschungsausgaben mitgezählt werden“, macht Prof. Dr. Schrooten deutlich.

Nach anfänglicher Steigerung ist der Anteil der Bildungsausgaben nun bereits seit 2011 rückläufig. Nach internationaler Abgrenzung der Bildungsausgaben wurden 2017 nur noch etwas mehr als 5,5 Prozent des BIP für Bildung aufgebracht, während noch 2010 gut 6 Prozent erreicht worden waren. Insbesondere die Aufwendungen für Schulen werden zunehmend vernachlässigt.

Als Bildungsgewerkschaft kämpfen wir für eine den Aufgaben angemessene finanzielle Ausstattung von Schulen, Hochschulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen. Allerdings stagnieren die öffentlichen Bildungsausgaben seit 2010 (Schrooten 2020). Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland bei den Bildungsausgaben weiterhin hinterher. Während die Bildungsausgaben in 2016 hierzulande bei 4,2 Prozent am BIP lagen, lag der OECD-Durchschnitt bei 5 Prozent, Spitzenreiter Norwegen erreicht einen Wert von 6,5 Prozent (OECD 2019).

<sup>1</sup> Sofern keine anderen Quellen genannt sind, beziehen sich die im vorliegenden Argumentationspapier genutzten Daten auf Informationen aus Schrooten, Mechthild (2019): Bildungsfinanzierung Systematisch ausgebremst – Zukunft gefährdet. Zahlen und Fakten kompakt

Auch insgesamt belegt Deutschland unter den Mitgliedsländern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Platz 26 von 33 einen der hinteren Ränge. Eine klare Prioritätensetzung für gute Bildung sieht anders aus (ebd.).

Es wird deutlich, dass die Ausgabenziele bereits 2008 unklar formuliert waren, denn auch die privaten Bildungsausgaben wurden in die Rechnung einbezogen. Durch höhere private Ausgaben lassen sich aber insbesondere die sozialen Schief lagen unseres Bildungssystems nicht beheben. Die angestrebten Qualitätsziele lassen sich daher nur durch eine ehrgeizige Priorisierung öffentlicher Bildungsausgaben erreichen.

### **Unerreichte Qualitätsziele und Mehrbedarfe im Bildungssektor**

In Dresden wurden nicht nur monetäre Ausgabenziele formuliert, sondern auch nicht-monetäre Zielgrößen beschlossen, die auch als Qualitätsindikatoren begriffen werden können. Die Kindertagesbetreuung von unter Dreijährigen sollte auf 35 Prozent ausgebaut werden. Die Quote an Schulabgänger\*innen ohne Schulabschluss sollte halbiert werden; Gleiches wurde für die Quote junger Erwachsener ohne Berufsausbildung vereinbart. Weitere Qualitätsindikatoren sind beispielsweise höhere Quoten von Studienanfänger\*innen sowie mehr Beteiligung von Erwerbstätigen an Weiterbildung. Die bisherige Bilanz ist mangelhaft. Trotz einiger positiver Entwicklungen wurden die meisten Ziele eindeutig verfehlt.

Zunächst das Positive: Im Hochschulbereich konnte zwar die Quote der Studienanfänger\*innen deutlich von 37 Prozent eines Altersjahrgangs 2007 auf 58,5 Prozent 2013 erhöht werden und lag mit 55,9 Prozent auch 2018 auf einem hohen Niveau. Doch trotz deutlich steigender Studierendenzahlen stagnieren die Ausgaben für die Lehre an Hochschulen seit Jahren bei gut 1,1 Prozent des BIP.

Positive Entwicklungen sind auch im Bereich der Weiterbildung zu verzeichnen. Das Ziel, die Weiterbildungsbeteiligung auf mindestens 50 Prozent zu steigern, wurde erreicht. Weiterhin zeigen aber Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen und mit Migrationsgeschichte niedrigere Teilnahmequoten. Was die soziale Schief lage im Bildungssystem angeht, kann bisher nicht von einer kompensatorischen Wirkung durch Weiterbildung die Rede sein (Klemm/Anbuhl 2018). Insgesamt wird weniger als 1 Prozent des BIP in die Weiterbildung investiert. Mechthild Schrooten zeigt sich in ihrer Analyse besonders überrascht, „dass der Anteil der Weiterbildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt angesichts der aktuellen Digitalisierungsherausforderungen und der demografischen Entwicklung nicht deutlich zugelegt hat.“

Besonders schwer wiegt der weiterhin hohe Anteil junger Menschen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung. Ziel war es, den Anteil junger Menschen, die ihre Schullaufbahn ohne Hauptschulabschluss beenden, bis 2015 zu halbieren. Tatsächlich

sank der Anteil von 7,3 Prozent im Schuljahr 2006/07 auf 5,2 Prozent im Schuljahr 2012/13, lag aber im Schuljahr 2016/17 bei 6,3 Prozent, sodass die angestrebte Halbierung in weite Ferne gerückt ist. Auch die Zahl der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsausbildung liegt weiter auf hohem Niveau. Statt der angestrebten Halbierung sank diese Quote lediglich von 15,4 Prozent im Jahr 2008 auf 14,3 Prozent im Jahr 2016. Diese Defizite kann sich unsere Gesellschaft nicht länger leisten, denn die langfristigen Kosten für die Betroffenen und die Gesellschaft sind immens. „Menschen ohne Berufsabschluss sind in Deutschland stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Bevölkerungsgruppen; im Jahr 2016 lag die Arbeitslosenquote in dieser Bevölkerungsgruppe bei gut 19 Prozent. Zum gleichen Zeitpunkt lag die allgemeine Arbeitslosenquote bei 6,2 Prozent“, führt Prof. Dr. Mechthild Schrooten aus.

Bildungsexpertinnen und -experten sind sich über die herausragende Bedeutung der frühkindlichen Bildung einig. Positiv zu vermerken ist, dass die Betreuungsquote von unter 3-jährigen Kindern von 15,5 Prozent 2007 auf 33,6 Prozent gesteigert werden konnte. Allerdings wurde damit weder das selbst gesteckte Ziel einer Betreuungsquote von 35 Prozent erreicht, noch entspricht die Betreuungsquote dem tatsächlichen Bedarf. Nach Kinderbetreuungsreport 2018 des Deutschen Jugendinstituts (DJI) meldeten 45 Prozent der befragten Eltern einen Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren an (Alt et al. 2018). Als Bildungsgewerkschaft ist uns die Qualität der frühkindlichen Bildung besonders wichtig. Deshalb gilt es, das im OECD-Vergleich bereits gute Betreuungsverhältnis in der vorschulischen Bildung weiter zu verbessern, denn auch hier gibt es noch Luft nach oben. Dabei müssen Qualität und Professionalität auch in Zeiten des Fachkräftemangels Vorrang haben: Dieser kann nur durch gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung nachhaltig beseitigt werden!

### **Mehrbedarfe, neue Herausforderungen und Fachkräftemangel**

Strukturwandel durch Digitalisierung, Klimawandel und die Integration von Geflüchteten und anderer Migrantinnen und Migranten sind Herausforderungen, die nur mit einem starken Bildungssektor erfolgreich bewältigt werden können. Dies ist für die wirtschaftliche Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes unerlässlich! Deshalb muss deutlich mehr in Bildung investiert werden. So zeigt eine im Auftrag der GEW erstellte Studie von Dr. Roman Jaich 2017, dass insgesamt zusätzliche jährliche Ausgaben zur Verbesserung des Bildungssystems in Höhe von etwa 54 Mrd. Euro benötigt werden. Die Finanzbedarfe für den Bau und die Instandhaltung von Gebäuden sind ausdrücklich nicht Teil der Berechnungen Jaichs. Tatsächlich ist die Bausubstanz der Bildungseinrichtungen sehr oft geradezu marode: Wie die Daten des KfW-Kommunalpanels zeigen, ist der Bildungssektor besonders vom öffentlichen Investitionsstau in Deutschland betroffen. Allein bei den Schulgebäuden (inklusive Erwachsenenbildung)

verzeichnen die Kommunen nach eigenen Angaben einen Investitionsrückstau von 42,8 Milliarden Euro, weitere 7,5 Milliarden Rückstau verzeichnen die Kommunen im Bereich „Kinderbetreuung“ (KfW 2019).

Akut werden 100.000 neue Erzieher\*innen benötigt, um den Status quo bei Personalausstattung und Qualität zu halten. Bis 2025 müssten sogar 300.000 zusätzliche Erzieher\*innen eingestellt werden, um den jetzigen Standard zu halten (FR 2019). Um einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige Ganztagsgrundschule umzusetzen, rechnen Prof. Dr. Klaus Klemm und Dr. Dirk Zorn in einer für die Bertelsmann-Stiftung erstellten Studie mit einem zusätzlichen Bedarf an 31.400 Lehrer\*innen und 16.200 weiteren Fachkräften. Durch die insgesamt 47.600 neuen Stellen entstehen zusätzliche Personalkosten von rund 2,6 Milliarden Euro pro Jahr. Die Forscher gehen zudem von Milliardeninvestitionen aus, um die baulichen Voraussetzungen für gute Lern- und Arbeitsbedingungen zu schaffen (Klemm/Zorn 2017).

Auch in der Sekundarstufe fehlt es an Lehrkräften. Sichere und gute Arbeitsplätze im Bildungssektor müssen garantiert werden, um den Fachkräftemangel zu überwinden, der Kindertagesstätten, Grundschulen und Berufsbildende Schulen besonders betrifft. Solange es nicht gelingt, genügend Fachkräfte auszubilden, stehen die Bildungs- und Kultusministerien in der Pflicht, Quer- und Seiteneinsteiger\*innen die nötigen pädagogischen und didaktischen Kompetenzen zu vermitteln.

In der vergangenen Dekade sind neue Aufgaben und Herausforderungen für den Bildungssektor hinzugekommen: Der Ausbau von Ganztagschulen, Bildungs- und Betreuungsangebote für U3 und U6, ein inklusives Bildungssystem, die Integration von Geflüchteten und die Digitalisierung des Bildungssektors sowie eine höhere Quote junger Menschen mit akademischem Abschluss – diesen Ziele ist gemeinsam, dass sie nicht zum Nulltarif erreicht werden können. Durch den Strukturwandel aufgrund von Klimawandel und Digitalisierung kommen neue Herausforderungen, insbesondere auf den Weiterbildungssektor, zu. Es wird Zeit, dass auch die Bildungsausgaben den Aufgaben entsprechend erhöht werden. Dafür ist ein finanzpolitisches Umdenken erforderlich, sodass wichtige Zukunftsausgaben nicht länger hinter einem widersinnigen Sparakt zurückstehen müssen.

### **Kaputtsparen bringt keine Generationengerechtigkeit**

Die „schwarze Null“ ist kein Zeichen für sparsame Politik zugunsten nachwachsender Generationen. Sparen hat im Wesentlichen drei Bedeutungen: Reinvermögensbildung, Geldvermögensbildung und Konsumeinschränkung. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ist immer die Reinvermögensbildung gemeint, d.h. das Einkommen in einer bestimmten Periode ist höher als der Konsum in dieser Periode (Schmidt 2012). Reinvermögen kann ein Wirtschaftssubjekt – zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland –

auch bilden, wenn zwar ein Haushaltsdefizit besteht, diesem Defizit aber höhere Netto-Investitionen gegenüberstehen.

Bei der sogenannten „Schwarzen Null“ wird hingegen angestrebt, im Sinne der Geldvermögensbildung zu sparen. Wenn der Staat spart, also Einkommensüberschüsse erzielt, dann müssen in anderen Wirtschaftssektoren Defizite entstehen, denn sonst geht es nicht auf. Das Erzielen von Einkommensüberschüssen bei privaten Haushalten, Unternehmen und Staat ist für eine Volkswirtschaft nur so lange möglich, wie andere Volkswirtschaften Defizite akzeptieren. Wenn das Ausland nicht weiterhin als Schuldner herhält, kann per Saldo nur durch staatliche Defizite dem Wunsch des nicht-staatlichen Sektors entsprochen werden, netto zu sparen. Eine Betrachtung öffentlicher Haushalte, die lediglich auf das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben fokussiert, führt zu einer begrenzten Wahrnehmung. Der Verzicht darauf, der nachfolgenden Generation „Staatschulden“ im monetären Sinne zu hinterlassen, hat wegen des Investitionsstaus und der schlechten Finanzierung der Bildung zur Folge, dass man ihr eine schlechte Bildungsqualität, marode Schulen, usw. „vererbt“. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es daher wichtig, unseren Blick auf die Sachvermögensbildung zu lenken, denn anders als Geldvermögen ist Sachvermögen auch gesamtwirtschaftlich veränderbar (Schmidt 2012).

Ein solcher Blick führt zumindest dazu, dass dringend notwendige Investitionen in Bildungseinrichtungen nicht als Belastung zukünftiger Generationen missverstanden werden. Darüber hinaus sind Bildungsausgaben insgesamt als Zukunftsausgaben zu betrachten und sollten nicht durch restriktive Fiskalregeln eingeschränkt werden. Ganz wichtig – und was immer wieder verschwiegen wird: Die zukünftigen Generationen erben nicht nur die Schulden des Staates, sondern auch die Forderungen gegen den Staat. Diese konzentrieren sich allerdings in immer weniger Händen. Faire – das heißt deutlich höhere Löhne und Gehälter und ein progressives Steuersystem sind hier das beste Gegenmittel.

Ein Blick auf die Haushaltslage zeigt: Trotz guter Kassenlage wurden die haushaltspolitischen Spielräume nicht für eine Steigerung der Zukunftsausgaben Bildung genutzt. Angesichts einer sich abschwächenden Konjunktur kommt nun das Risiko einer prozyklischen Sparpolitik hinzu. Bei einem Festhalten an dieser Politik droht eine Senkung der Konsumausgaben des Staates. Tatsächlich ist der Konsumbegriff hier irreführend, schließlich handelt es sich um Ausgaben von zentraler Bedeutung für einen handlungsfähigen Staat und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Die dramatischen sozialen und ökonomischen Folgen einer solchen Austeritätspolitik sind besonders in den Ländern Südeuropas noch heute spürbar. Auch drohen die Schuldenbremse und das Dogma der „schwarzen Null“ im kommenden Abschwung dringend nötige Bildungsausgaben abzuwürgen. Begründet werden derartige Kürzungen dann wahlweise mit dem Ziel der Generationengerechtigkeit oder der Angst vor einer drohenden Staatspleite. Beide Argumente sind falsch!

**Im Namen der Generationengerechtigkeit an der Bildung zu sparen, klingt nicht nur abwegig, es ist abwegig!** Ausgaben für Bildung dürfen nicht einseitig als Kosten betrachtet werden, denn gute Bildung ist eine zentrale Voraussetzung nachhaltiger Politik. Und das Risiko einer Staatsschuldenkrise? Auch die USA und Japan müssen sich trotz ihrer hohen Staatsschuldenquote keine Sorgen um einen Staatsbankrott machen. Es handelt sich um Staaten mit souveräner Währung, die lediglich in ihrer eigenen Währung verschuldet sind (vgl. Ehnts 2020). Und in Deutschland? Europa hat sich durch die Euroarchitektur selbst institutionelle Grenzen für die staatliche Kreditaufnahme auferlegt. Allerdings ist Deutschland sicherlich „too big to fail“ – die EZB würde in einer Krise sicherlich deutsche Staatsanleihen unbegrenzt aufkaufen. Da diese momentan sämtlich negative Renditen erzielen, besteht aber aktuell kein Grund zur Annahme, dass Deutschland keine Staatsanleihen mehr verkaufen kann, um neue Ausgaben tätigen zu können. Doch gerade im Falle des Überschusslandes Deutschland sind nicht die staatlichen Defizite, sondern die außenwirtschaftlichen Überschüsse das Problem für den Euro. Höhere Staatsausgaben können ein Weg sein, um durch einen Abbau des Exportüberschusses zur Beseitigung von Ungleichgewichten in der Eurozone beizutragen.

Derzeit liegen die Argumente für höhere – auch kreditfinanzierte – Investitionen auch für arbeitgebernahe Ökonomen auf der Hand. Dies zeigen auch die Ergebnisse eines Forschungsprojekts von IMK und IW, die ein Investitionsprogramm in Höhe von 450 Milliarden Euro für das kommende Jahrzehnt fordern (Bardt et al. 2019). Auf der einen Seite schwächt die Konjunktur und der öffentliche Investitionsstau ist im Bildungssektor besonders gravierend, auf der anderen Seite sind die Zinsen historisch niedrig. Höhere Ausgaben in Bildung und Forschung sind also fachlich dringend geboten und eine sinnvolle Möglichkeit, einer drohenden Rezession durch höhere Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung zu begegnen. Um den Herausforderungen im Bildungssektor gerecht zu werden, müssen indes auch die laufenden Ausgaben erhöht werden: Nur so kann der Fachkräftemangel überwunden werden. Die politischen Entscheidungsträger müssen aktiv dafür eintreten, die konkrete Umsetzung der notwendigen Investitionen möglich zu machen. Sie dürfen sich nicht darauf zurückziehen, dass bereitgestelltes Geld nicht abgerufen wird. Oft handelt es sich hierbei um Spätfolgen der Kürzungspolitik der 1990er- und 2000er-Jahre. Als Gewerkschafter\*innen setzen wir uns gemeinsam mit unseren Verbündeten für einen handlungsfähigen Staat ein. Neben einem Abbau eventueller bürokratischer Hindernisse muss die Antwort hier eine deutliche Aufwertung des Öffentlichen Dienstes zur Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit sein.

### **Umdenken und Umsteuern für gute Bildung**

Gute Bildung ist finanzierbar – auf den politischen Willen kommt es an. Die durch die „Schuldenbremse“ gesetzten Schranken sind

nicht nur unter den soeben genannten besonderen Bedingungen, sondern grundsätzlich abzulehnen. Die staatliche Ausgabenpolitik muss bei den tatsächlichen Bedarfen und politischen Prioritäten ansetzen und den gesamtwirtschaftlichen Kontext im Auge behalten, also einen hohen Beschäftigungsstand und Preisstabilität anstreben. Als Bildungsgewerkschaft setzen wir uns selbstverständlich für Generationengerechtigkeit ein. Die Angst vor Staatsschulden ist dabei allerdings ein schlechter Ratgeber. Ein starres Budgetziel anzustreben, geht an den bildungs- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten vorbei. Deshalb lehnen wir die sogenannte Schuldenbremse ab. Sie ist ersatzlos zu streichen, da sie die politischen Entscheidungsträger\*innen daran hindert, real vorhandene Ressourcen für das Allgemeinwohl einzusetzen (Grunert 2019).

Klar muss sein: Höhere Bildungsausgaben sind notwendig und finanzierbar. Allerdings sind auch die derzeit geltenden institutionellen Rahmenbedingungen zu beachten. Daher fordern wir die Politik auf, die trotz Schuldenbremse vorhandenen finanzpolitischen Spielräume zu nutzen. Als Gewerkschaft setzen wir uns zudem für ein sozial gerechtes Steuersystem und eine bessere Finanzausstattung der öffentlichen Hand ein. Das GEW-Steuerkonzept zeigt den Weg zu solideren Einnahmen von Ländern und Kommunen. Dies ist besonders wichtig, da die Bundesländer ab 2020 unter ein Verbot der Nettokreditaufnahme fallen. Gleichzeitig ermöglicht die Lockerung des Kooperationsverbots es dem Bund, verstärkt Verantwortung im Bildungsbereich zu übernehmen: Sonderinitiativen können helfen, Probleme – insbesondere in Sachen Gebäude und Digitalisierung – zu lindern. Für eine nachhaltige Verbesserung der Bildungsfinanzierung bedarf es aber einer adäquaten Finanzausstattung von Ländern und Kommunen.

Vorhandene Defizite in der Steuerpolitik dürfen nicht als Argument für die Blockade dringend notwendiger staatlicher Ausgaben durch „Finanzierungsvorbehalte“ genutzt werden. Besonders dann nicht, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gleichzeitig die Rückführung des Solidaritätszuschlags als „größte Steuersenkung seit zwei Jahrzehnten“ feiert (CDU/CSU 2019), Vermögen in Deutschland ohnehin besonders niedrig besteuert werden und Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern anstrebt. Durch eine gerechte Steuerpolitik besteht Einnahmepotenzial und die Möglichkeit, die wirtschaftliche Ungleichheit zu bekämpfen. Höhere private Investitionen durch Steuersenkungen sind indes nicht zu erwarten: Den Unternehmen fehlt nicht das Geld zu investieren, sondern die Nachfrage durch Massenkauftkraft und öffentliche Nachfrage (vgl. Ver.di 2019).

Als GEW wissen wir, dass im Bildungssektor riesige Bedarfe bestehen. Wir wissen auch, dass das Geld hier nachhaltig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes angelegt ist.

## Literatur:

Alt, Christian; Gedon, Benjamin; Hubert, Sandra; Hüsken, Katrin und Lippert, Kerstin (2019): DJI- Kinderbetreuungsreport 2018.

URL: [https://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user\\_upload/fruehehilfen.de/pdf/Publikation-DJI-Kinderbetreuungsreport-2018.pdf](https://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/pdf/Publikation-DJI-Kinderbetreuungsreport-2018.pdf)

Bardt, Hubertus; Dullien, Sebastian; Hüther, Michael und Rietzler, Katja (2019): FÜR EINE SOLIDE FINANZPOLITIK: INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN!, IMK Report 152, November 2019, URL: [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_152\\_2019.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_152_2019.pdf)

Bofinger, Peter (2020): Was immer es braucht, in: Internationale Politik und Gesellschaft, URL: <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/was-immer-es-braucht-4219/>

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag (2019): Größte Steuer-senkung seit zwei Jahrzehnten beschlossen, 14.11.2019, URL: <https://www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/groesste-steuersenkung-seit-zwei-jahrzehnten-beschlossen>

DGB, Deutscher Gewerkschaftsbund (2019): Hoffmann: Vermögen-steuer wieder einführen, Pressemitteilung 23.08.2019, URL: <https://www.dgb.de/presse/+co+0502c85c7e911e9b33952540088cada>

Ehnts, Dirk (2020): Geld und Kredit: Eine €-päische Perspektive, 3. Auflage, Marburg: Metropolis

FR, Frankfurter Rundschau (2008): Merkel ruft „Bildungsrepublik Deutschland“ aus, in FR 12.06.2008, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nationaler-bildungsbericht-merkel-ruft-bildungsrepublik-aus-1545858.html>

FR, Frankfurter Rundschau (2019): Dramatische Personalnot. Manche Kita macht tageweise dicht, 04.01.2019, URL: <https://www.fr.de/ratgeber/manche-kita-macht-tageweise-dicht-11416773.html>

GEW, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2017): Richtig gerechnet! Das Steuerkonzept der GEW – Aktualisierung und Neuberechnung, URL: [https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung\\_und\\_Politik/Bildungsfinanzierung/GEW\\_Steuerkonzept.pdf](https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/GEW_Steuerkonzept.pdf)

Grunert, Günther (2019): Fiskalpolitik und schwarze Null, in Makroskop Herbst/Winter 2019, S. 20-27.

Jaich, Roman (2017): Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Stand und Herausforderungen. Gutachten im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung der GEW, URL: [https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung\\_und\\_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung\\_weiter\\_denken/Bildungsfinanzierung-der-oeffentlichen-Hand-Stand-April-2017.pdf](https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/Bildungsfinanzierung-der-oeffentlichen-Hand-Stand-April-2017.pdf)

KfW, Kreditanstalt für Wiederaufbau (2019): KfW-Kommunalpanel 2019. URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2019.pdf>

Klemm, Klaus/Anbuhl, Matthias (2018): Der Dresdener Bildungsgipfel: von unten betrachtet. Expertise zur sozialen Spaltung im Bildungssystem. DGB Expertise, URL: <https://www.dgb.de/themen/+co+a8cd27cc-d39b-11e8-b105-52540088cada>

Klemm, Klaus/Zorn, Dirk (2017): Gute Ganztagschule für alle. Kosten für den Ausbau eines qualitativvollen Ganztagschulsystems in Deutschland bis 2030, Bertelsmann Stiftung, URL: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/27\\_In\\_Vielfalt\\_besser\\_lernen/Gute\\_Ganztagschule\\_01.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/27_In_Vielfalt_besser_lernen/Gute_Ganztagschule_01.pdf)

Schmidt, Johannes (2012): Sparen – Fluch oder Segen? Anmerkungen zu einem alten Problem aus Sicht der Saldenmechanik, In: Normative und institutionelle Grundlagen der Ökonomik, Martin Held, Gisela Kubon-Gilke, Richard Sturn (Hg.), Metropolis Verlag Marburg, S. 61–85.

Schrooten, Mechthild (2020): Bildungsfinanzierung Systematisch ausgebremst – Zukunft gefährdet. Zahlen und Fakten kompakt. URL: [https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung\\_und\\_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung\\_weiter\\_denken/202002-Bildungsfinanzierung-FaktenZahlen-web.pdf](https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/202002-Bildungsfinanzierung-FaktenZahlen-web.pdf)

Ver.di, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (2019): Gewinnsteuern nicht senken! In: WIRTSCHAFTSPOLITIK aktuell 18/2019.



**Mehr Infos unter:**

[www.gew.de/weiter-denken](http://www.gew.de/weiter-denken)

## Über den Autor

Dr. Timm B. Schützhofer ist Politischer Ökonom und Referent der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ am GEW Hauptvorstand.

## Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Verantwortlich: Marlis Tepe (V.i.S.d.P.), Redaktion: Matthias Heidn, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt, Tel.: 069/78973-0, Fax: 069/78973-202, E-Mail: [info@gew.de](mailto:info@gew.de)



**April 2020**